

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Von der Oktober-Revolution bis zum Brester Friedens-Vertrag**

**Trockij, Lev Davidovič**

**Berlin, [circa 1918]**

Rede des Volkskommissars für auswärtige Angelegenheiten

**urn:nbn:de:bsz:31-92153**

stehenden Russischen Föderativen Republik gekennzeichnet. Das erschwerte offenkundig die Arbeit der Zentralmächte-Diplomaten, die ihre Hauptaufgabe darin sahen, die Russische Republik in einen neuen Balkan zu verwandeln. Bei ihrem zweiten Auftreten erklärten die Delegierten der Rada, unter dem Diktat der österreichisch-deutschen Diplomatie, daß die Ukraina es nunmehr ablehne, in der Russischen Föderation aufzugehen und sich als völlig unabhängige Republik betrachte.

Um den Lesern die Möglichkeit zu geben, recht klar und anschaulich die Situation zu erfassen, die im letzten Augenblick der Friedensverhandlungen für die Sowjet-Regierung geschaffen war, halte ich es für zweckmäßig, in Grundzügen die Rede zu reproduzieren, die der Verfasser dieser Zeilen in seiner Eigenschaft als Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten in der Sitzung des Zentral-Exekutivkomitees am 14. Februar 1918 gehalten hat.

### Rede des Volkskommissars für auswärtige Angelegenheiten.

**G**enossen! Die Sowjet-Regierung Rußlands muß jetzt nicht allein neu aufbauen, sondern auch die alten Rechnungen abschließen und bis zu einem gewissen — und dabei sehr hohen — Grade die alten Schulden bezahlen: zunächst die Rechnungen des Krieges, der dreieinhalb Jahre lang gedauert hat. Der Krieg bildete den Prüfstein der ökonomischen Kraft der kriegführenden Länder. Das Los Rußlands als des ärmeren und rückständigeren Landes war bei einem langwierigen Kriege von vornherein bestimmt. Bei dem mächtigen Zusammenprall der Kriegsapparate entschied letzten Endes die Fähigkeit eines jeden Landes, seine Industrie den Kriegsbedürfnissen anzupassen, sie in kürzester Zeit umzuwandeln und in stets wachsendem Maße die Vernichtungswerkzeuge zu er-

setzen, die im Laufe dieser Völkermetzerei mit solcher Schnelligkeit verbraucht wurden. Jedes, oder beinahe jedes Land, und darunter auch das zurückgebliebenste, konnte am Anfang des Krieges die mächtigsten Vernichtungswerkzeuge besitzen, d. h. es konnte sie aus dem Auslande beziehen. Das war bei allen zurückgebliebenen Ländern der Fall; auch bei Rußland. Der Krieg verbraucht aber schnell sein totes Kapital und erfordert eine stetige Neubeschaffung. Die Kriegsfähigkeit jedes einzelnen, in den Wirbel des Weltgemetzels hineingerissenen Landes ließ sich in Wirklichkeit durch seine Fähigkeit er-messen, selbständig während des Krieges Kanonen, Geschosse und andere Vernichtungswerkzeuge neu zu schaffen.

Wenn der Krieg das Problem der Wechselbeziehung der Kräfte in aller kürzester Zeit gelöst hätte, so wäre für Rußland theoretisch die Möglichkeit da gewesen, denjenigen Platz hinter den Schützengräben zu behaupten, der den Sieg für sich hatte. Aber der Krieg hat sich zu lange hingezogen. Und dies geschah nicht zufällig. Allein der Umstand, daß die ganze internationale Politik der letzten 50 Jahre auf die Schaffung eines sogenannten europäischen „Gleichgewichts“ hinauslief, das heißt darauf, daß die feindlichen Kräfte sich ungefähr die Waagschale halten, dieser Umstand allein mußte — wenn man die Macht und den Reichtum der modernen bürgerlichen Nationen in Betracht zieht — dem Krieg einen langwährenden Charakter verleihen. Und dies bedeutete seinerseits die Erschöpfung derjenigen Länder, die schwächer und in ökonomischer Hinsicht weniger entwickelt waren.

Am stärksten in militärischer Hinsicht erwies sich Deutschland, dank der Macht seiner Industrie und dank der modernen, neuen, rationellen Beschaffenheit dieser Industrie bei einer längst veralteten Staatsverfassung. Es stellte sich heraus, daß Frankreich mit seiner zum großen Teil kleinbürgerlichen Wirtschaft hinter Deutschland weit zurückgeblieben war; und selbst ein so mächtiges Kolonialreich wie England erwies sich infolge des konservativen, von der Routine beherrschten Charak-

ters seiner Industrie im Vergleich zu Deutschland als der Schwächere. Als die russische Revolution von der Geschichte vor die Frage der Friedensverhandlungen gestellt wurde, da zweifelten wir nicht, daß wir bei diesen Verhandlungen die Rechnung des dreieinhalb Jahre langen Krieges würden begleichen müssen — falls nicht die Kraft des internationalen Proletariats einen entscheidenden Strich durch die Rechnung machen würde. Wir zweifelten nicht, daß wir im deutschen Imperialismus einen Gegner hatten, der durch und durch von dem Bewußtsein seiner kolossalen Kraft durchdrungen sei, jener Kraft, die so deutlich im Verlauf des jetzigen Krieges zutage getreten ist.

Alle jene Erwägungen der bourgeoisen Cliques, wir wären unvergleichlich stärker gewesen, wenn wir diese Verhandlungen gemeinsam mit unseren Verbündeten geführt hätten, sind im Grunde genommen unzulänglich. Damit wir in unbestimmter Ferne gemeinsam mit unseren Verbündeten Verhandlungen führen könnten, hätten wir vor allem gemeinsam mit den Verbündeten den Krieg weiterführen müssen; da aber das Land erschöpft und geschwächt war, so mußte gerade die Fortsetzung des Krieges und nicht das Kriegsende das Land noch mehr schwächen und erschöpfen. So hätten wir einmal den Krieg quittieren müssen unter Bedingungen, die für uns noch viel ungünstiger gewesen wären. Wenn es sich sogar herausgestellt hätte, daß dasjenige Lager, in das Rußland infolge internationaler Kombinationen des Zarismus und der Bourgeoisie hineingetrieben worden war; dasjenige Lager, an dessen Spitze Großbritannien steht — wenn es sich herausgestellt hätte, daß dieses Lager aus dem Kriege als Sieger hervorgegangen wäre — nehmen wir für einen Augenblick diesen wenig wahrscheinlichen Ausgang an — so hätte das noch keineswegs bedeutet, Genossen, daß auch unser Land siegreich hervorgegangen wäre. Denn bei einem weiteren Fortgang des Krieges mußte Rußland auch innerhalb des siegreichen Lagers der Entente noch erschöpfter, noch verwüsteter

da stehen, als es jetzt schon ist. Die Herren dieses Lagers, d. h. England und Amerika, hätten in bezug auf unser Land genau dieselben Methoden angewandt, wie sie während der Friedensverhandlungen Deutschland entwickelte. Bei der Wertung der Politik imperialistischer Länder wäre es eine sinnlose und läppische Kinderei, wenn man sich von anderen Erwägungen leiten ließe, als den Erwägungen der nackten Interessen und der groben Macht. Wenn wir also als Land jetzt vor dem Angesicht des Weltimperialismus geschwächt da stehen, so sind wir nicht dadurch geschwächt, daß wir uns aus dem feurigen Kreis des Krieges losgerissen haben und zudem noch uns aus der Umklammerung der internationalen Kriegsverpflichtungen befreit haben — nein, wir sind durch die Politik des Zarismus und der bürgerlichen Klassen geschwächt, jene Politik, gegen die wir als revolutionäre Partei gekämpft haben — sowohl vor dem Kriege wie während des jetzigen Krieges.

Erinnern Sie sich, Genossen, unter welchen Umständen unsere Delegation sich zuletzt direkt aus einer der Sitzungen des Dritten Allrussischen Sowjet-Kongresses nach Brest-Litowsk begeben hatte. Damals statteten wir Euch einen Bericht über den Stand der Verhandlungen und die Forderungen unserer Gegner ab. Diese Forderungen liefen, wie Sie sich erinnern werden, auf maskierte oder richtiger halb maskierte Annexionsgelüste hinaus, eine Annexion von Litauen, Kurland, einen Teil von Livland, die Moonisund-Inseln und eine halbverschleierte Kontribution, die wir damals auf sechs bis acht, ja sogar auf zehn Milliarden Rubel taxierten. Während der Pause in den Verhandlungen, die gegen zehn Tage dauerte, entwickelte sich in Oesterreich-Ungarn ein ungeheures Gären, und es brachen die Arbeiterstreiks aus. Diese Streiks bedeuteten die erste Anerkennung unserer Methode, die Kriegsverhandlungen zu führen, die erste Anerkennung, der wir von seiten des Proletariats der Zentralmächte vor dem Angesicht der annexionistischen Forderungen des deutschen Militarismus

begegneten. Wie jämmerlich erscheinen dagegen die Behauptungen der bürgerlichen Presse, wir hätten einer zwei Monate langen Unterhaltung mit Kühlmann bedurft, um zu erfahren, daß der deutsche Imperialismus räuberische Bedingungen aufstelle. Nein, das haben wir von vornherein gewußt. Aber aus der „Unterhaltung“ mit den Vertretern des deutschen Imperialismus versuchten wir ein Mittel zur Stärkung derjenigen Kräfte zu machen, die gegen den deutschen Imperialismus kämpfen. Wir versprachen dabei nicht Wunder zu verrichten, aber wir behaupteten, daß der Weg, den wir gehen, der einzige Weg sei, der der revolutionären Demokratie übrig bleibe, um sich die Möglichkeit einer weiteren Entwicklung zu sichern.

Man könnte darüber klagen, daß das Proletariat anderer Länder und insbesondere der Zentralmächte allzu langsam den Weg des offenen revolutionären Kampfes beschreite — gewiß. Das Tempo seiner Entwicklung muß als allzu langsam angesehen werden, aber immerhin, in Oesterreich-Ungarn fand eine Bewegung statt, die sich über das ganze Land ausdehnte und die ein unmittelbarer und direkter Widerhall der Verhandlungen von Brest-Litowsk ist.

Als ich von hier abreiste, sprachen wir davon, daß wir keinen Grund zur Annahme hätten, diese Streikwelle würde in Oesterreich und Deutschland den Militarismus wegschwemmen. Wenn wir davon überzeugt gewesen wären, so hätten wir natürlich sehr gerne das Versprechen abgegeben, das gewisse Personen aus unserem Munde erwarteten — nämlich, daß wir unter keinen Umständen einen Separatfrieden mit Deutschland schließen würden. Ich sagte damals schon, daß wir ein solches Versprechen nicht abgeben könnten — denn das hätte geheißen, die Verpflichtung übernehmen, den deutschen Militarismus zu besiegen. Das Geheimnis eines solchen Sieges besitzen wir aber nicht. Und da wir uns nun nicht verpflichten konnten, die Wechselbeziehungen der internationalen Kräfte in kürzester Zeit zu verändern, gaben wir offen und ehrlich die Erklärung ab, daß eine revolutionäre Regie-

zung unter gewissen Umständen sich gezwungen sehen könne, einen annexionistischen Frieden anzunehmen. Der Niedergang dieser Regierung müßte dort beginnen, wo sie versucht hätte, vor ihrem eigenen Volke den räuberischen Charakter dieses Friedens zu verbergen, nicht aber dort, wo sie nach dem Verlauf des Kampfes gezwungen sei, einen solchen Frieden anzunehmen.

Zugleich aber wiesen wir darauf hin, daß wir uns zur Fortsetzung der Friedensverhandlungen nach Brest begäben, unter Bedingungen, die sich offenbar für uns besserten, aber für unsere Feinde verschlimmerten. Wir verfolgten die Bewegung in Oesterreich-Ungarn, und vieles sprach dafür — darauf bezogen sich auch die sozialdemokratischen Abgeordneten im deutschen Reichstag — daß auch Deutschland sich am Vorabend solcher Ereignisse befände. Von dieser Hoffnung erfüllt, reisten wir ab. Und schon in den ersten Tagen unseres diesmaligen Aufenthalts in Brest brachte uns der Radiotelegraph über Wilna die ersten Nachrichten darüber, daß in Berlin eine ungeheure Streibewegung ausgebrochen sei, die, ebenso wie in Oesterreich-Ungarn, direkt und unmittelbar mit dem Gang der Verhandlungen in Brest verbunden war. Wie es jedoch oft kraft der Dialektik des Klassenkampfes der Fall ist, mußte gerade die ungeheure Dimension dieser proletarischen Bewegung — die Deutschland noch nie gesehen hatte — die besitzenden Klassen zu einem engeren Zusammenschluß und zu noch größerer Unversöhnlichkeit drängen. Die deutschen regierenden Klassen sind von hinreichend festem Selbsterhaltungstrieb durchtränkt, um sich darüber klar zu werden, daß alle Zugeständnisse in der Lage, in der sie, von ihren eigenen Volksmassen bedrängt, sich befanden — alle auch nur partiellen Zugeständnisse eine Kapitulation vor der Idee der Revolution bedeuten würden. Und aus diesem Grunde nahm Kühlmann nach der ersten Periode der Kopfslosigkeit, als er absichtlich die Verhandlungen hinzog, keine Sitzungen festsetzte oder sie in nebensächlichen, formalen Fragen vergeudete,

sobald der Streif liquidiert war und er sich überzeugen konnte, daß im gegebenen Moment seinen Herren keine Lebensgefahr mehr drohte — da nahm er seinen Ton völliger Selbstsicherheit und Aggressivität wieder auf.

Unsere Verhandlungen komplizierten sich durch die Teilnahme der Kiewer Rada an den Verhandlungen. Wir meldeten es bereits das letzte Mal. Die Delegation der Kiewer Rada tauchte in dem Augenblick auf, als die Rada in der Ukraina eine ziemlich starke Organisation bildete und der Ausgang des Kampfes noch nicht vorauszusehen war. Gerade in diesem Augenblicke machten wir der Rada den offiziellen Vorschlag, mit uns einen bestimmten Vertrag zu schließen, wobei wir als Bedingungen eines solchen Vertrags die eine Forderung vorausschickten, daß die Rada Kaledin und Kornilow als Konter-Revolutionäre bezeichne und uns nicht hindere, diese beiden zu bekämpfen. Die Delegation der Kiewer Rada traf in Brest gerade in dem Moment ein, als wir mit ihr sowohl hier wie dort eine Einigung zu erzielen hofften. Auch dort erklärten wir, daß solange sie vom Volke der Ukraina anerkannt werde, wir es für möglich hielten, sie als selbständigen Teilnehmer an den Verhandlungen zuzulassen. Aber je weiter sich die Ereignisse auf dem Boden Rußlands und der Ukraina entwickelten, je tiefer der Antagonismus zwischen der unteren Schichten der Ukraina und der Rada wurde, um so größer wurde die Bereitwilligkeit der Rada, mit den Regierungen der Centralmächte den ersten besten Friedensvertrag abzuschließen und im No fall den deutschen Militarismus zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Russischen Republik heranzuziehen, um die Rada gegen die russische Revolution zu stützen.

Am 9. Februar neuer Zeitrechnung erfuhren wir, daß die hinter unserem Rücken geführten Friedensverhandlungen zwischen der Rada und den Centralmächten unterschrieben wurden. Am 9. Februar ist der Geburtstag des Königs Leopold von Bayern, und wie es in monarchischen Ländern üblich ist, war

der feierliche historische Akt — ich weiß nicht, ob mit Einwilligung der Kiewer Rada — für diesen feierlichen Tag vorgesehen. Der General Hoffmann salutierte zu Ehren Leopolds von Bayern, nachdem er um die Genehmigung dieser Salutschüsse bei der Kiewer Delegation angefragt hatte — da nach dem Friedensvertrag Brest-Litowsk zu der Ukraina übergang. Die Ereignisse nahmen jedoch einen solchen Verlauf, daß in dem Moment, als der General Hoffmann die Kiewer Rada um die Erlaubnis bat, jene Kanonenschüsse abzugeben, die Rada nach Abzug von Brest-Litowsk nicht mehr sehr viel Territorium übrig behielt. Auf Grund der Depeschen, die wir aus Petrograd erhielten, setzten wir die Delegationen der Centralmächte offiziell in Kenntnis, daß die Kiewer Rada nicht mehr existiere — ein Umstand, der für den Gang der Friedensverhandlungen keineswegs gleichgültig sein durfte. Wir schlugen dem Grafen Czernin vor, seine Vertreter in Begleitung unserer Offiziere nach der Ukraina zu schicken, um sich überzeugen zu können, ob sein Konteragent, die Kiewer Rada, überhaupt existiere oder nicht existiere. Es hatte den Anschein, als ob Czernin bereitwilligst darauf einginge; als wir ihm aber die Frage vorlegten: bedeutet das auch, daß der Vertrag mit der Kiewer Delegation nicht unterschrieben werden würde, bevor seine Abgesandten zurückkehrten, da überkamen ihn Zweifel und er erbot sich, bei Kühlmann danach anzufragen. Nach der Anfrage aber ließ er uns eine negative Antwort zukommen. Das war am 8. Februar, am 9. mußten sie einen unterschriebenen Vertrag haben; das duldete keine Verschiebung. Nicht nur wegen des Geburtstages des Königs Leopold von Bayern, sondern auch aus einem wichtigeren Grunde, den Kühlmann unzweifelhaft Czernin klargemacht hatte: „Wenn wir jetzt unsere Vertreter nach der Ukraina schicken sollten, so könnten sie sich am Ende in der That überzeugen, daß die Rada nicht mehr existiert. Und dann würden wir einzig und allein eine Allrussische Delegation vor uns haben, und das würde unsere Chancen bei den Verhandlungen ver-

schlimmern . . .“ Von seiten der österreichisch-ungarischen Delegation sprach man zu uns: „Verlaßt den Boden der Prinzipien, stellt die Frage auf eine praktischere Basis und dann wird die deutsche Delegation mit sich reden lassen . . . Es ist den Deutschen nicht möglich, nur wegen der Moonsund-Inseln den Krieg fortzusetzen, falls Ihr diese Forderung auch konkret aufstellt . . .“ Wir antworteten: „Nun wohl, wir sind gern bereit, die Nachgiebigkeit Eurer Kollegen aus der deutschen Delegation zu überprüfen. Bis jetzt verhandelten wir über das Selbstbestimmungsrecht der Litauer, Polen, Livländer, Letten, Esthländer und anderer und stellten bei all diesen Fragen fest, daß von Selbstbestimmung nicht die Rede sein konnte. Nun wollen wir sehen, wie Ihr Euch zur Selbstbestimmung noch eines Volkes, nämlich des russischen, stellt, welches Eure Absichten und Pläne militärisch-strategischer Art sind, die sich hinter Eurer Besetzung der Moonsund-Inseln verbergen. Denn die Moonsund-Inseln haben als Bestandteil der unabhängigen esthnischen Republik oder als Eigentum der Föderativen Russischen Republik eine Defensiv-Bedeutung; in den Händen Deutschlands aber gewinnen sie einen Offensiv-Wert und bedrohen das eigentliche Lebenszentrum unseres Landes und ganz besonders Petrograd.“ Aber Hoffmann ließ sich natürlich nicht auf die geringsten Zugeständnisse ein. Da kam die Stunde der Entscheidung. Den Krieg erklären konnten wir nicht. Wir waren zu schwach. Die Armee hatte ihren inneren Zusammenhang verloren. Zur Rettung unseres Landes, zur Ueberwindung des Zerfallprozesses mußten wir die innere Verbindung der arbeitenden Massen wiederherstellen. Dieses psychologische Band kann nur auf dem Wege des produktiven Arbeitens auf dem Acker, in der Fabrik und in der Werkstatt erzeugt werden. Wir müssen die arbeitenden Massen, die den ungeheuren Leiden und katastrophalen Prüfungen des Krieges unterworfen wurden, auf ihre Acker und in ihre Fabriken zurückbringen, wo sie sich wiederfinden und in ihrer Arbeit festigen könnten, und nur so würden wir eine innere

Disziplin schaffen können. Das ist der einzige Ausweg für das Land, das jetzt die Sünden des Zarismus und der Bourgeoisie abbüßt. Wir sind genötigt, diesen Krieg aufzugeben, und wir führen die Armee aus dem Gemetzel heraus. Zugleich aber erklären wir vor dem Angesicht des deutschen Militarismus: Der Friede, den Ihr uns aufdrängt, ist ein Gewalt- und Raubfriede. Wir wollen nicht zulassen, daß Ihr, Herren Diplomaten, den deutschen Arbeitern sagen könnt: „Ihr nanntet unsere Forderungen Eroberungen und Annexionen, aber schaut, wir bringen Euch unter diesen Forderungen die Unterschrift der russischen Revolution!“ — Ja, wir sind schwach, wir können jetzt keinen Krieg führen, wir besitzen aber revolutionäre Kraft genug, um zu zeigen, daß wir aus freien Stücken unsere Unterschrift nicht unter einen Vertrag setzen, den Ihr mit Eurem Schwert auf den Leib lebendiger Völker schreibt. Wir verweigerten unsere Unterschriften! — Ich glaube, daß wir richtig gehandelt haben, Genossen.

Genossen! Ich will nicht behaupten, daß ein Angriff Deutschlands gegen uns ausgeschlossen sei — eine solche Behauptung wäre allzu gewagt, wenn man sich die Stärke der imperialistischen Partei in Deutschland vor Augen hält. Ich glaube aber, daß der Standpunkt, den wir in dieser Frage eingenommen haben, dem deutschen Militarismus in hohem Maße den Angriff erschwert hat. Wie aber, wenn Deutschland trotzdem angreifen sollte? Darauf können wir nur das Eine sagen: Wenn in unserem Lande, das erschöpft und in einen verzweifeltsten Zustand versetzt ist, wenn man in unserem Lande den Mut der revolutionären und lebensfähigen Elemente anstacheln kann, wenn bei uns der Kampf zum Schutz unserer Revolution und des Schauplatzes dieser Revolution möglich ist, dann ist das nur infolge der Situation, die jetzt geschaffen wurde, möglich, als ein Resultat unseres Austritts aus dem Kriege und unserer Weigerung, den Friedensvertrag zu unterschreiben.